

Dossier Wirtschaftspolitik
2015/7 | 27. August 2015

Diagnose Österreich 2015 Einschätzungen und Empfehlungen zur österreichischen Wirtschaftspolitik

Die Perspektiven von OECD, IWF und Europäischer Kommission



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorinnen:
Mag. Katja Senger
+43 (0)5 90 900-4216
katja.senger@wko.at

Mag. Magdalena Niederwieser
+43 (0)5 90 900-4910
magdalena.niederwieser@wko.at

Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	4
2	Wirtschaftliche Lage in Österreich	5
2.1	Österreich verliert Wachstumsvorsprung	5
2.2	Strukturelle Probleme als Wachstumsbremser	6
3	Stärken-Schwächen-Befund	7
4	Wirtschaftspolitische Empfehlungen an Österreich	10
4.1	Fiskalisches Umfeld	10
4.2	Soziale Systeme	11
4.3	Arbeitsmarkt und Bildung	12
4.4	Föderalismus und Verwaltung	13
4.5	Wachstum und Wettbewerb	13
5	Ergebnis: Diagnose Österreich 2015	15
6	Quellen	18

1 Executive Summary

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission (EK) formulieren in regelmäßigen Abständen Vorschläge und Empfehlungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Strukturverbesserungen in ihren Mitgliedsländern. Die Empfehlungen umfassen unterschiedliche Politikbereiche wie Arbeitsmarkt, soziale Systeme, Bildung, Wettbewerb, Steuern, öffentliche Haushalte und Finanzmärkte. Durch die international einheitliche Bewertung aller Mitgliedsstaaten eignen sich die detaillierten Berichte dieser Organisationen besonders gut als objektive Quelle für Empfehlungen zur österreichischen Wirtschaftspolitik.

Die **OECD** veröffentlicht für jeden ihrer 34 Mitgliedsstaaten alle 2 Jahre einen Wirtschaftsbericht, der eine umfassende Analyse der wirtschaftlichen Lage, konkrete wirtschaftspolitische Empfehlungen sowie ein Schwerpunktthema enthält. Der jüngste OECD Länderbericht zu Österreich wurde im Juli 2015 veröffentlicht und legt seinen Schwerpunkt auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zusätzlich spricht die OECD im Rahmen ihrer „Going for Growth“-Berichte alle 2 Jahre Empfehlungen an jeden Mitgliedsstaat aus.

Gemäß Artikel IV des Übereinkommens mit seinen Mitgliedsstaaten hält der **IWF** einmal pro Jahr mit jedem seiner Mitglieder Konsultationsgespräche zur wirtschaftlichen Lage ab („Art. IV Konsultation“). Die Ergebnisse werden in einem Bericht zusammengefasst. Der IWF diskutiert die Themen Banken und Finanzmarktstabilität ausführlicher.

Im Rahmen des europäischen Semesters zur stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken innerhalb der EU gibt die **Europäische Kommission** jährlich Empfehlungen zu den haushaltspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Reformplänen der Mitgliedstaaten ab. Die Empfehlungen orientieren sich an den wirtschaftspolitischen Zielen der EU („EU 2020 Ziele“).

Die Diagnose Österreich 2015 gibt einen Überblick über die **allgemeine wirtschaftliche Lage** in Österreich aus Sicht der 3 Organisationen, nimmt anschließend einen **Stärken-Schwächen-Befund** auf und erstellt am Ende eine **Diagnose** mit konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Die **10 Top-Empfehlungen** der internationalen Organisationen für Österreich:

- Nachhaltige Haushaltskonsolidierung fortführen
- Stabilität im Finanz- und Bankensektor stärken
- Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen reduzieren
- Strukturelle Schwächen im Pensionssystem beheben
- Effizienz im Gesundheitswesen steigern
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gewährleisten
- Chancengleichheit im Bildungssystem verbessern
- Steuerhoheit für Bundesländer schaffen
- Wettbewerb im Dienstleistungssektor steigern
- Finanzierungsbedingungen für Unternehmen verbessern

2 Wirtschaftliche Lage in Österreich

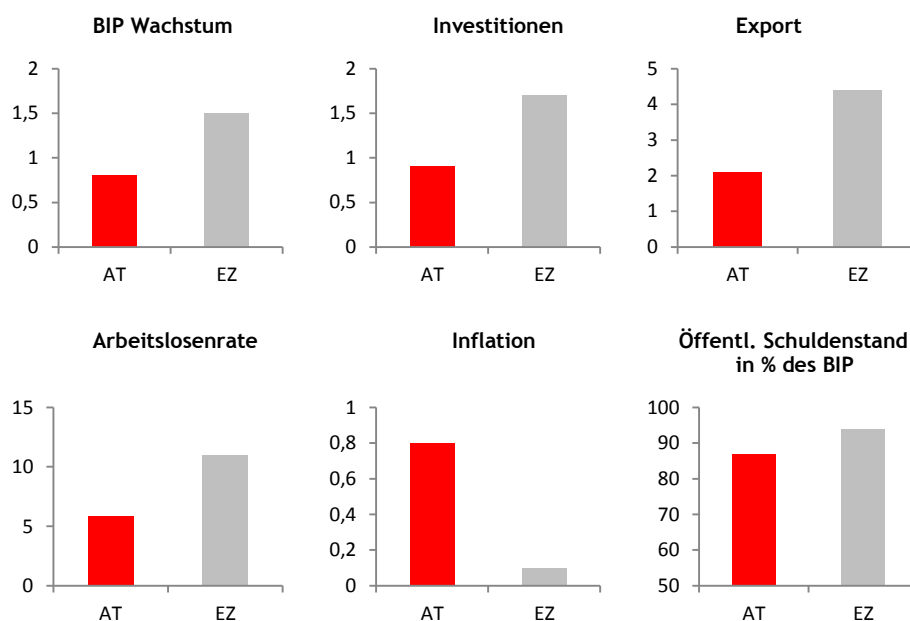
2.1 Österreich verliert Wachstumsvorsprung

Österreich erzielt bei vielen Wohlstandsindikatoren im europäischen und internationalen Vergleich nach wie vor überdurchschnittliche Ergebnisse. OECD, IWF und Europäische Kommission beschreiben Österreich als wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, die gut in internationale Wertschöpfungsketten eingebettet ist, die Ungleichheit ist gering ausgeprägt. Die relative Position Österreichs hat sich allerdings in den letzten Jahren merklich verschlechtert. Die österreichische Wirtschaft stagniert seit Anfang 2012. Den einst vorhandenen Wachstumsvorsprung gegenüber dem europäischen Durchschnitt hat Österreich seit letztem Jahr verloren und zählt mittlerweile zu den Industrieländern mit dem geringsten Wirtschaftswachstum. Das österreichische BIP-Wachstum beträgt dieses Jahr zum vierten Mal in Folge unter 1%. Österreich kann von den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich durch die expansive Geldpolitik, den niedrigen Ölpreis und den schwachen Euro ergeben, kaum profitieren.

Relative Position Österreichs verschlechtert sich

BIP-Wachstum unter 1 %

Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren Österreich (AT) - Eurozone (EZ)



Daten 2015; BIP, Investitionen, Export: Jährliche Veränderung ggü. Vorjahr in %
Quelle: Europäische Kommission, Spring Economic Forecast, Mai 2015

Während sich die EU und insbesondere auch die Eurozone dieses Jahr kräftig erholen, entwickeln sich in Österreich alle BIP-Komponenten weiterhin nur sehr verhalten: Das Investitionsniveau liegt trotz Niedrigzinsumfeld und starkem Aufholbedarf unter jenem von 2008, das Exportwachstum hat sich verlangsamt und kann nicht mehr an das Vorkrisenniveau anknüpfen und auch die Konsumenten bleiben weiterhin zurückhaltend. Insbesondere die schwache Investitionstätigkeit bei Anlageinvestitionen und Ausrüstungen birgt das Risiko, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs mittel- und langfristig zu gefährden. Bereits seit einigen Jahren verlieren österreichische Unternehmen kontinuierlich globale Marktanteile, zuletzt zeigen sich auch Marktanteilsverluste in Deutschland, Österreichs wichtigstem Exportmarkt.

Investitionen schwach

Exporteure verlieren Marktanteile

2.2 Strukturelle Probleme als Wachstumsbremser

Strukturelle Probleme, die die österreichische Wettbewerbsfähigkeit belasten und mittelfristig den Wohlstand in Österreich gefährden, werden immer noch nicht energisch genug gelöst. OECD, IWF und Europäische Kommission konstatieren zwar in einigen Bereichen allmähliche Fortschritte, orten jedoch nach wie vor strukturelle Schwächen, die einen dynamischen Aufschwung in Österreich behindern.

Der Arbeitsmarkt ist in Österreich nach wie vor robust, wenngleich Österreich auch in diesem Bereich seine einstige Top-Position eingebüßt hat. Die Arbeitslosenrate ist im internationalen Vergleich niedrig, befindet sich historisch gesehen allerdings auf österreichischem Rekordniveau. Die Beschäftigung steigt zwar, allerdings zulasten der Arbeitsproduktivität, die seit Jahren sinkt und sich negativ auf die Lohnstückkostenentwicklung in Österreich auswirkt.

**Arbeitslosigkeit steigt,
Produktivität sinkt**

Der öffentliche Schuldenstand Österreichs zählt zu den höchsten in der EU und der OECD und ist zuletzt signifikant gestiegen. Mittel- bis langfristig stellen die budgetären Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Pensions- und Gesundheitssystem das größte Risiko für die öffentlichen Finanzen Österreichs dar.

**Schulden erreichen
Höchststand**

Alle drei Institutionen gehen davon aus, dass sich die österreichische Wirtschaft in den nächsten Jahren langsam erholen wird. Österreichs Exporte sollten von der zunehmenden globalen Wachstumsdynamik, insbesondere auch in Europa, profitieren. Die Investitionen sollten endlich anspringen und der Konsum - unterstützt durch die Steuerreform - wesentliche Wachstumsimpulse geben. Der öffentliche Schuldenstand wird 2015 seinen Höhepunkt erreicht haben und dann kontinuierlich zu sinken beginnen.

**Langsame Erholung
prognostiziert**

Übersicht: Makroökonomische Prognosen	OECD		IWF		EK	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016
BIP-Wachstum (jährliche Veränderung in %)	0,6	1,7	0,9	1,6	0,8	1,5
Exporte (Waren und DL, jährliche Veränderung in %)	3,3	5,9	2,9	5,0	2,1	3,9
Inflation	0,6	1,6	1,1	1,5	0,8	1,9
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	0,9	1,4	1,9	1,8	2,4	2,4
Arbeitslosenrate	5,8	5,7	5,1	5,1	5,8	5,7
Öffentl. Schuldenstand (in % des BIP)	85,7	85,9	88,8	87,4	87,0	85,8
Öffentl. Defizit (in % des BIP)	-2,3	-2,1	-1,7	-1,7	-2,0	-2,0
Strukturelles Defizit (in % des BIP)	x	x	-0,9	-1,4	-0,8	-1,4

Quelle: OECD, IWF, Europäische Kommission

3 Stärken-Schwächen-Befund

OECD Zu den **Stärken** Österreichs zählt die OECD das hohe Maß an Wohlstand und Lebensqualität. Österreich hat eine gesunde Wirtschaftsstruktur mit innovativen, international erfolgreichen großen, mittleren und kleinen Unternehmen, die gut in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden sind. Der soziale Zusammenhalt unter Familie und Freunden ist hoch: Österreich liegt im *OECD Better Life Index* über dem OECD-Durchschnitt. Geringe Einkommensunterschiede und ein hohes Maß an Fairness stärken das soziale Umfeld in Österreich. Österreich setzt im Bereich des Umweltschutzes hohe Standards, was die Attraktivität als Tourismusort stärkt. Positiv sieht die OECD auch die Anstrengungen, durch die aktuelle Steuerreform Gering-Verdiener steuerlich zu entlasten.

Hohes Maß an Wohlstand und sozialer Fairness

Lob für die Steuerreform

Eine **Schwäche** der österreichischen Wirtschaft ist laut OECD der öffentliche Schuldenstand, der wesentlich höher ist, als in anderen kleinen, offenen und hochentwickelten Volkswirtschaften. Der Schuldenabbau wird durch die Ineffizienzen in der öffentlichen Ausgabenstruktur erschwert. Vor allem im Gesundheitsbereich und im Pensionssystem, aber auch in der Verwaltung sieht die OECD großes Einsparungspotenzial. Die föderale Struktur in Österreich, die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung trennt, untergräbt zudem eine stärkere Ausgabendisziplin. Zusätzlich erschwert die derzeitige Struktur die Entscheidungsfindung in vielen wichtigen politischen Fragen und ruft Ungleichheiten zwischen Einwohnern unterschiedlicher Bundesländer hervor. Der Bankensektor ist stabil, bleibt jedoch aufgrund des Engagements in Osteuropa und der hohen öffentlichen Garantieübernahmen ein Risikofaktor. Die steuerliche Belastung auf Arbeit zählt trotz Steuerreform im internationalen Vergleich zu den höchsten. Im Export ist die österreichische Wirtschaft nach wie vor sehr erfolgreich, verliert aber seit 2012 globale Marktanteile. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs leidet unter den überdurchschnittlich gestiegenen Lohnstückkosten der letzten Jahre. Außerdem betont die OECD, dass der Wettbewerb im österreichischen Dienstleistungssektor durch Überregulierung behindert wird, mit negativen Folgen auf die Produktivität.

Ineffizienter Föderalismus

Produktivität sinkt

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat Österreich Aufholbedarf. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern divergiert mit der Geburt des ersten Kindes im internationalen Vergleich besonders stark. Das Steuersystem, zu wenige öffentliche Betreuungseinrichtungen und die teils unflexible Arbeitsplatzorganisation verstärken die traditionelle Rollenverteilung. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen ist aufgrund dieser Gegebenheiten im internationalen Vergleich besonders hoch. Auch im österreichischen Schulsystem gibt es nach Ansicht der OECD Verbesserungspotenzial: die Unterschiede in der schulischen Leistung zwischen sozio-ökonomischen Gruppen aller Generationen sind groß.

Aufholbedarf bei Familienpolitik

IWF Eine große **Stärke** Österreichs ist laut IWF, dass Österreich die Weltwirtschafts- und Finanzkrise besser überwunden hat als andere EU-Staaten. Große makroökonomische Ungleichgewichte gab es in Österreich vor der Krise nicht, die finanzielle Situation der Haushalte und der Unternehmen war robust. Dadurch haben sich Österreichs BIP-Wachstum und Arbeitsmarkt-daten während der Krise weitaus besser entwickelt als in vielen anderen EU-Staaten.

Gute makroökonomische Fundamentaldaten

Auch für die nächsten Jahre wird ein positives, wenn auch geringes Wirtschaftswachstum prognostiziert. Die größten Auswirkungen der Krise waren im Bankensektor und beim Anstieg der Staatsschulden zu spüren, die noch immer nachwirken. Die erfolgten Reformen im Gesundheitsbereich sowie die Gemeindezusammenlegungen werden positiv gesehen, jedoch sind nach Einschätzungen des IWF weitere Bemühungen notwendig, um die Ausgabeneffizienz zu steigern und die Staatsschuldenquote zu reduzieren.

Wie für die OECD ist auch für den IWF der hohe öffentliche Schuldenstand eine große **Schwäche** der österreichischen Wirtschaft. Der geplante Konsolidierungspfad reicht laut IWF nicht aus, um die Schulden auf ein Triple-A Niveau zu reduzieren. Auch die öffentlichen Förderungen befinden sich auf einem hohen Niveau und sind teils ineffizient. Der Bankensektor in Österreich hat sich stabilisiert, dennoch bestehen vor allem in der Ukraine und in Russland geopolitische Risiken. Die Gewinnspannen am österreichischen Bankenmarkt sind weiterhin niedrig und auch die Kapitalausstattung im internationalen Vergleich gering, wodurch der Bankensektor nach wie vor Risikopotential trägt. Österreich gibt laut IWF im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel für Sozialleistungen aus, auch im Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Sozialmodell wie beispielsweise Deutschland. Die Höhe der Sozialleistungen in Österreich in Kombination mit der hohen Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen vermindert den Beschäftigungsanreiz insbesondere für Gering-Verdiener und hemmt das Wachstum in Österreich. Auch der IWF stellt fest, dass die föderalistische Verwaltungsstruktur in Österreich negative Wirkung auf die Ausgabendisziplin hat und Ineffizienzen hervorruft. Die Produktivität pro Arbeitsstunde liegt in Österreich laut IWF rund 20 % unter jener in den USA und muss dringend gesteigert werden, damit Österreich langfristig international wettbewerbsfähig bleibt und sein hohes Wohlstandsniveau halten kann.

Einsparungspotenzial bei,
Förderungen

Produktivität gering

Europäische Kommission Für die Europäische Kommission ist die geringe Arbeitslosenrate in Österreich eine der wesentlichen **Stärken**. Außerdem wird das Berufsbildungssystem in Österreich positiv bewertet: Es ist durch eine geringe, deutlich unter dem EU-Durchschnitt gelegene Anzahl an frühen Schul- und Ausbildungsabgängern geprägt. Österreich verfügt deshalb über ein großes Reservoir an hochqualifizierten Arbeitnehmern. Der österreichische Bankensektor hat seine Widerstandsfähigkeit bewahrt und die Kapitalisierung des Bankensektors hat sich 2014 weiter verbessert.

Qualifizierte Fachkräfte als
Stärke

Zu den **Schwächen** Österreichs zählt auch aus Sicht der Europäischen Kommission der öffentliche Schuldenstand. Die Europäische Kommission sieht das Risiko, dass Österreich die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ab 2016 nicht einhalten wird können. Trotz der Fortschritte bei der Bankenstabilisierung bleibt auch für die Kommission der Finanzsektor weiterhin ein Risikofaktor für die österreichische Wirtschaft, mit potentiellen negativen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Die Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen ist überdurchschnittlich hoch. Die öffentliche Verwaltungsstruktur und die geringe Steuerautonomie der Länder werden ebenso negativ bewertet. Die Inkongruenz zwischen Einnahmen- und Ausgabenzuständigkeit führt zu Effizienzverlusten und geringer Ausgabendisziplin und behindert laut Europäischer Kommission auch umfassende politische Reformen. Weiters ist das österreichische Pensionssystem durch strukturelle Schwächen beeinträchtigt und längerfristig schwer finanzierbar. Die Gesundheitsausgaben zählen zu den höchsten innerhalb der EU und es bestehen trotz ergriffener Reformen noch massive Herausforderungen zur Umstrukturierung und Finanzierung eines tragfähigen Gesundheitssystems.

Schuldenstand zu hoch

Strukturelle Schwächen im
Pensionssystem

Der österreichische Arbeitsmarkt ist noch robust, allerdings stellt die geringe Erwerbsbeteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen eine Herausforderung dar und Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigen bisher nur geringen Erfolg. Dies ist insbesondere auch in Hinblick auf die mittel- bis langfristige Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften ein Risiko. Auch die unterdurchschnittlichen Bildungsergebnisse in Österreich werden von der Europäischen Kommission bemängelt, insbesondere der nach wie vor starke Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Hintergrund und Bildungsergebnissen. Im Dienstleistungssektor besteht zu wenig Wettbewerb, was sich negativ auf Produktivität, Innovation und Preisentwicklung auswirkt. Auch die geringe Investitionstätigkeit der letzten Jahre stellt laut Europäischer Kommission ein Risiko für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft dar.

Erwerbsbeteiligung teils
gering

Investitionstätigkeit schwach

Österreichs Stärken und Schwächen auf einen Blick

Stärken...

- Hoher Wohlstand
- Sozialer Friede
- Geringe Einkommensunterschiede
- Stabiler Arbeitsmarkt
- Qualifizierte Fachkräfte



...weiter ausbauen

Schwächen...

- Hohe öffentliche Verschuldung
- Überdurchschnittliche Steuer- & Abgabenbelastung
- Strukturelle Schwächen bei Pensionen, Gesundheit und Bildung
- Ineffiziente föderalistische Verwaltungsstruktur
- Wenig Wettbewerb bei Dienstleistungen



...rasch beheben

4 Wirtschaftspolitische Empfehlungen an Österreich

Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der drei Organisationen decken sich zu einem sehr großen Teil, wenngleich jede Organisation etwas differenzierte Schwerpunkte setzt. Während die OECD vorwiegend Strukturreformen einmahnt, legt der IWF seinen Schwerpunkt auf fiskalische Empfehlungen. Die Europäische Kommission richtet ihre Empfehlungen im Rahmen der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in der EU tendenziell an den Schlüsselbereichen der Europa 2020 Strategie aus. Die Empfehlungen lassen sich in fünf Themenfelder zusammenfassen: Fiskalisches Umfeld, soziale Systeme, Arbeitsmarkt und Bildung, Föderalismus und Verwaltung sowie Wachstum und Wettbewerb.

4.1 Fiskalisches Umfeld

Die OECD empfiehlt Österreich eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung durch ausgabenseitige Strukturreformen insbesondere bei den Sozialsystemen sowie durch eine Reform der förderalen Strukturen. Außerdem empfiehlt die OECD die Stärkung des Finanzsektors durch weitere Sanierung und Defragmentierung des Bankensektors. Eine genaue Beobachtung und Aufsicht der Banken sowie eine vollständige Anwendung des Regulierungsrahmens der EU für den Bankensektor erachtet die OECD für dringend geboten. In Bezug auf die Abgabenlast auf Arbeitseinkommen bewertet die OECD die beschlossene Steuerreform als positiv, stellt jedoch auch nach der Reform einen nach wie vor hohen Steuerkeil fest. Um den Faktor Arbeit weiter zu entlasten, schlägt die OECD eine Verschiebung der Steuerbelastung auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerquellen vor.

**Haushaltskonsolidierung
vorantreiben**

**Abgabenlast auf
Arbeitseinkommen
reduzieren**

Auch der IWF rät angesichts der hohen Staatsverschuldung zu mehr Ausgabeneffizienz und Einsparungen, insbesondere, bei Pensionen, im Gesundheitswesen und bei Förderungen. Bei den öffentlichen Förderungen sind allgemeine Kürzungen, eine gezieltere Vergabe sowie eine genauere ex-post Evaluierung und mehr Transparenz jedenfalls notwendig. Eine Reduktion der Staatsausgaben von insgesamt 1% des BIP über die nächsten 4 Jahre würde helfen, die Staatsschuldenquote nachhaltig zu reduzieren. Der IWF empfiehlt, die Eigenkapitalbasis der Banken weiter zu stärken. Außerdem sollen die Beschlüsse im Rahmen der europäischen Bankenunion vollständig angewendet werden, um den österreichischen Bankensektor nachhaltig zu stabilisieren. Die hohe Steuerbelastung auf Arbeit soll insbesondere durch eine Kürzung der Sozialversicherungsabgaben reduziert werden. Steuerreduktionen müssen laut IWF jedenfalls durch eine gesteigerte Ausgabeneffizienz finanziert werden und mit dem Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes Hand in Hand gehen. Zusätzlich könnten Ausnahmen im Steuersystem abgeschafft und die Steuerbelastung von Arbeit auf andere Bereiche verschoben werden. Die nächste Artikel IV Konsultation des IWF erscheint im September 2015 und wird die aktuellen Einschätzungen des IWF zur Steuerreform enthalten.

Staatsschulden reduzieren

Finanzsektor stärken

Ausgabeneffizienz steigern

Die **Europäische Kommission** forderte von Österreich zuletzt eine präzise Darlegung von Maßnahmen, um die geplanten Defizitziele ab 2016 zu erreichen, da sie Risiko sieht, dass Österreich die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhalten wird können. Außerdem empfiehlt auch die Kommission, die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit weiter zu reduzieren. Wie die OECD schlägt auch die Europäische Kommission vor, die Besteuerung auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerquellen zu verlagern. Im Bereich des Finanzsektors lobt die Europäische Kommission, dass im letzten Jahr durch die Umstrukturierung verstaatlichter und teilverstaatlichter Banken erhebliche Fortschritte zur Stabilisierung erzielt wurden. Trotzdem bestehen weiterhin insbesondere geopolitische Risiken, die sich negativ auf die öffentlichen Finanzen und die Finanzstabilität auswirken könnten. In- und ausländische Schwachstellen im österreichischen Bankensystem müssen durch strukturiertes und vorausschauendes politisches Handeln vermindert oder beseitigt werden, ausländische Risikopositionen sollen weiterhin abgebaut werden, um die Anfälligkeit des Finanzsektors zu mindern.

**Steuerbelastung auf
Arbeitseinkommen senken**

4.2 Soziale Systeme

Trotz langsamen Anstiegs des faktischen Pensionsantrittsalters empfiehlt die **OECD** weitere Schritte, insbesondere die Abschaffung der Möglichkeiten der Frühpensionierung und effektive Maßnahmen zur rascheren Angleichung des Pensionsalters von Frauen und Männern. So sollen altersbezogene Unterschiede beim Kündigungsschutz zwischen Frauen und Männern angeglichen und das Pensionssystem stärker an die steigende Lebenserwartung angepasst werden. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer soll verstärkt unterstützt werden. Bei den sozialen Leistungen sind Effizienzsteigerungspotentiale aufzugreifen und zu nutzen und die Treffsicherheit im Transferbereich ist zu erhöhen. Die öffentliche Infrastruktur zur Betreuung pflegebedürftiger Menschen muss laut OECD ausgebaut werden, wobei auf maximale Flexibilität zwischen Pflege durch Familienangehörige, ambulante Behandlungen sowie permanente oder temporäre öffentliche Einrichtungen geachtet werden muss.

Frühpensionen abschaffen

**Treffsicherheit bei
Transferleistungen erhöhen**

Auch der **IWF** betont in seinen Empfehlungen die Notwendigkeit von Reformen im Pensionssystem. Die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und die Beseitigung des Unterschieds zwischen gesetzlichem und faktischem Pensionsantrittsalter birgt großes Einsparungspotential. Außerdem soll die Angleichung des Pensionsalters von Frauen und Männern schneller vorangetrieben und ältere Arbeitnehmer länger im Berufsleben gehalten werden. Dazu empfiehlt der IWF die Effekte der in den letzten Jahren umgesetzten Reformen zu beobachten, um rechtzeitig zusätzliche Maßnahmen ergreifen zu können. Auch im Gesundheitswesen sieht der IWF große Einsparungspotentiale durch Effizienzsteigerungen: Die Ausgaben, vor allem im Bereich der Krankenhausleistungen könnten ohne negative Folgen auf die Patienten um 2 Prozentpunkte des BIPs reduziert werden. Dazu sind konkrete Maßnahmen für die Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen sowie für eine verstärkte Präventivversorgung notwendig. Nicht zuletzt müssen auch die Kompetenzsplittungen zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich reduziert werden.

Pensionsalter angleichen

**Mehr Prävention im
Gesundheitsbereich**

Auch die **Europäische Kommission** empfiehlt Österreich für 2015 und 2016 Maßnahmen, um die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems sicherzustellen. Zu diesem Zweck soll das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche herangeführt werden, das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen und Männer schneller harmonisiert werden und - entsprechend der Empfehlung der OECD - an die Lebenserwartung gekoppelt sein. Ebenso wie der IWF empfiehlt auch die Europäische Kommission Maßnahmen im Gesundheitsbereich: Eine verstärkte Verlagerung auf die ambulante, multidisziplinäre Versorgung würde Effizienzgewinne bringen, ohne das Wohl der Patienten zu beeinträchtigen. Auch das Langzeitpflegesystem muss verbessert werden, insbesondere die Verfügbarkeit und die Leistungsunterschiede nach Bundesländern müssen laut Kommission verringert werden. Für mehr Effizienz im Gesundheits- und Pflegesystem müsste laut Kommission jedenfalls die Kompetenzsplitting zwischen Bund und Ländern in diesen Bereichen beseitigt werden.

Pensionssystem tragfähig machen

Langzeitpflege verbessern

4.3 Arbeitsmarkt und Bildung

Die **OECD** formuliert insbesondere Empfehlungen zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da Österreich in diesem Bereich im Vergleich zu anderen OECD-Ländern besonders starken Aufholbedarf hat. Durch das weitere Aufbrechen der traditionellen Rollenbilder in der Gesellschaft soll die Erwerbsbeteiligung von Frauen gesteigert und der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen reduziert werden. Zu den konkreten Maßnahmen zählen qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen (z.B.: Ganztagschulen und -betreuungsplätze in Kindergärten) sowie verstärkte Vorkehrungen im privatwirtschaftlichen Sektor zur Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen. Dies soll durch den Ausbau flexiblerer Gleit- und Teilzeitmodelle für beide Geschlechter und die erleichterte Fortsetzung der Karriere nach der Karenz erreicht werden. Negative Anreize im Steuersystem für die Wiederaufnahme einer Vollzeitbeschäftigung des Zweitverdieners im Haushalt sollen möglichst abgebaut werden (z.B. Alleinverdienerabsetzbetrag) und durch gezielte Familienförderung ersetzt werden. Eine Übersicht über alle Transferleistungen für Familien inklusive der Karenzmodelle sollen in einem einzigen „Kinderkonto“ zusammengefasst werden, um die Transparenz zu erhöhen und um Familien zu ermöglichen, flexibel und unabhängig vom Erwerbsstatus über Unterstützungsleistungen verfügen zu können. Neben den positiven wirtschaftlichen Effekten für die Volkswirtschaft durch eine verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen sind laut OECD auch positive Effekte auf die Geburtenrate zu erwarten, wenn Frauen nicht unweigerlich zwischen Kindern und Karriere wählen müssen.

Traditionelle Rollenbilder aufbrechen

Transparenz bei Transferleistungen erhöhen

Die OECD empfiehlt außerdem, Menschen mit geringer Qualifikation und insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Bildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Um dies zu erreichen und sozioökonomische Spannungen zu vermeiden, müssen Österreichs Schulen inklusiver werden: Die soziale Bildungsmobilität soll gesteigert und das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werden. Insbesondere der frühkindlichen Bildung kommt hier eine entscheidende Bedeutung zu. Zusätzliche Reduktionen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für Gering-Verdiener oder Lohnzuschüsse (wie z.B. Kombilohn-Modelle) könnten zusätzliche Beschäftigungsanreize schaffen und die Arbeitslosigkeit verringern.

Sozioökonomische Unterschiede im Bildungsbereich beseitigen

Die **Europäische Kommission** empfiehlt Österreich wie die OECD Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und schlägt in diesem Zusammenhang ebenso eine verstärkte Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen vor. Auch im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung decken sich die Empfehlungen der Kommission mit jenen der OECD: Es sollen die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen verbessert und Menschen mit Migrationshintergrund besser ins Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Möglichkeiten der offiziellen Anerkennung ausländischer Qualifikationen wurden bereits ausgebaut, jedoch ist eine weitere Überwachung der bei diesen Reformen erzielten Fortschritte notwendig, um zu bewerten, ob weiterführende Maßnahmen erforderlich sind.

**Mehr
Kinderbetreuungsplätze**

4.4 Föderalismus und Verwaltung

Die **OECD** sieht die föderalistische Struktur in Österreich in der derzeitigen Form als einen Hauptgrund für die hohen Staatsausgaben. Die bestehende Diskrepanz zwischen Einnahmen- und Ausgabenverantwortung soll durch Steuerhoheit der Bundesländer verringert werden, um die Ausgabendisziplin zu stärken und nicht zuletzt um das international außergewöhnlich hohe Niveau an Garantieübernahmen durch die Bundesländer zu reduzieren. Die Gemeindereform in der Steiermark war ein erster Schritt in die richtige Richtung hin zu mehr Ausgabeneffizienz. Trotzdem sieht die OECD weiter Handlungsbedarf und empfiehlt Österreich sich am Beispiel Dänemarks zu orientieren und die Gemeindezusammenlegung weiter voranzutreiben, da die Gemeinden in Österreich im OECD-Vergleich überdurchschnittlich klein sind.

**Einnahmen- und
Ausgabenverantwortung
zusammenführen**

Gemeinden zusammenlegen

Auch für den **IWF** ist der fehlende Steuerföderalismus in Österreich ein Schlüsselproblem: Reformen in diesem Bereich schaffen Raum für Steuerentkennungen und helfen die Staatsschulden zu reduzieren. Der IWF empfiehlt Österreich daher die Föderalismusreform voranzutreiben, allem voran die Zuständigkeiten von Bund und Ländern weiter zu entflechten und den Bundesländern Steuerhoheit zu geben, um die Ausgabeneffizienz zu steigern.

Zuständigkeiten entflechten

Wie OECD und IWF kritisiert auch die **Europäische Kommission** die komplizierten Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Ebenen des Staates, welche zu Ineffizienzen führen. Es sollen dringend Maßnahmen ergriffen werden, die die Inkongruenzen zwischen Einnahmen- und Ausgabenverantwortung der verschiedenen Ebenen beseitigen.

Inkongruenzen beseitigen

4.5 Wachstum und Wettbewerb

Laut **OECD** hat Österreich einen der am stärksten regulierten Dienstleistungsmärkte. Österreich wird deshalb empfohlen, den Wettbewerb im Dienstleistungssektor anzutreiben. Dadurch würden sich neue Möglichkeiten für Unternehmer bieten, das Wirtschaftswachstum gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein dynamischerer Dienstleistungssektor würde außerdem wesentliche, positive Effekte auf die Produktivität haben und den Preisdruck nach unten verstärken. Rund drei Viertel der höheren Inflation in Österreich im Vergleich zur Eurozone und zu Deutschland sind laut OECD auf höhere Preise bei den heimischen Dienstleistungen zurückzuführen.

**Wettbewerb im
Dienstleistungssektor stärken**

Außerdem empfiehlt die OECD, die Finanzierungsmöglichkeiten österreichischer Unternehmen weiter zu verbessern, um Unternehmertum und Investitionen zu stärken. Die Initiativen bezüglich Venture Capital und Crowdfunding werden begrüßt und sollen laufend evaluiert und gegebenenfalls verbessert werden.

**Unternehmensfinanzierung
stärken**

Nach den Empfehlungen des IWF muss Österreich dringend seine Arbeitsproduktivität steigern, um das hohe Wohlstandsniveau zu halten. Die international relativ schwache Arbeitsproduktivität ist laut IWF insbesondere wegen der kapitalintensiven österreichischen Wirtschaft bezeichnend. Dies soll vor allem durch schnellere Annahme und Einführung neuer Technologien, einen besseren Zugang von innovativen Start-Ups zu privaten Finanzierungsquellen sowie durch die Reduzierung von bürokratischen Hürden für Unternehmensgründer und ausländischen Direktinvestitionen erreicht werden. Der Produktionssektor in Österreich soll sich außerdem vom derzeitigen mittleren Technologie-Bereich stärker in Richtung Hochtechnologie-Bereich entwickeln.

**Vom mittleren zum
Hochtechnologie-Bereich**

Auch die **Europäische Kommission** sieht in Österreich Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Wettbewerbs und stellt unverhältnismäßig hohe Schranken für Dienstleistungsanbieter und Hindernisse für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen fest. Diese Hürden sollen durch die Beseitigung von Auflagen hinsichtlich Rechtsform und Beteiligung am Gesellschaftskapital schnellstmöglich beseitigt werden.

5 Ergebnis: Diagnose Österreich 2015

OECD, IWF und Europäische Kommission stellen der österreichischen Volkswirtschaft ein noch gutes Zeugnis aus. Österreich hat durch aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik während der Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, mit Herausforderungen umgehen zu können. Alle drei Organisationen stellen jedoch fest, dass in Österreich in einigen Bereichen Reformen notwendig sind, um bei Wohlstand und Lebensqualität nicht zurückzufallen. Obwohl jede Organisation inhaltlich einen anderen Schwerpunkt setzt, lassen sich die strukturellen Schwächen der österreichischen Wirtschaft leicht identifizieren und die TOP-Empfehlungen an die österreichische Politik sind über alle drei Organisationen hinweg dieselben.

Empfehlungen für Österreich 2015

Fiskalisches Umfeld verbessern

- ☑ Öffentlichen **Haushalt ausgabenseitig konsolidieren** durch Reformen im Pensions- und Gesundheitssystem, im Förderwesen und im Föderalismus
- ☑ **Steuerbelastung** auf Arbeitseinkommen **senken** durch Verbreiterung der Steuerbasis bzw. Verschiebung der Steuerlast auf weniger wachstumschädliche Quellen
- ☑ **Finanzsektor stabilisieren**, indem die Eigenkapitalbasis österreichischer Banken weiter gestärkt und ausländische Risikopositionen weiter abgebaut werden

Soziale Systeme zukunftsfit machen

- ☑ **Pensionssystem entlasten** durch Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter, sukzessiven Abbau der Möglichkeiten der Frühpensionierung, rascheres Angleichen des Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern, Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung, mehr Unterstützung für Beschäftigung älterer Arbeitnehmer
- ☑ **Einsparungspotentiale im Gesundheitsbereich** nutzen durch Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen, durch verstärkte Präventivversorgung sowie durch Beseitigung der Kompetenzsplittung zwischen Bund und Ländern
- ☑ Effizienz und Treffsicherheit im **Sozialsystem** erhöhen

Arbeitskräftepotential ausschöpfen, Bildungssystem inklusiver machen

- ☑ Steigerung der **Erwerbsbeteiligung von Frauen** durch Schaffung qualitativ hochwertiger und leistbarer Kinderbetreuungseinrichtungen, familienfreundlichen Arbeitsplätzen sowie Abschaffung von negativen Anreizen im Steuersystem für die Wiederaufnahme einer Vollzeitbeschäftigung des Zweitverdieners (insb. Alleinverdienerabsetzbetrag)
- ☑ **Verstärkte Beschäftigungsanreize** durch Reduktionen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für Gering-Verdiener oder Lohnzuschüsse („in-work benefits“ wie z.B. Kombilohn)
- ☑ **Steigerung der sozialen Bildungsmobilität** insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund durch verstärkte frühkindliche Bildung

Föderalismus und Verwaltung effizienter gestalten

- ☑ Zur Steigerung der Ausgabendisziplin die Inkongruenz zwischen Einnahmen- und Ausgabenverantwortung durch **Steuerhoheit für Bundesländer** beseitigen
- ☑ Effizienzsteigerungen durch **Entflechtung der Kompetenzen** von Bund und Ländern

Wettbewerb ankurbeln, Produktivität steigern

- ☑ **Dienstleistungsmärkte liberalisieren**, um Wettbewerb und Produktivität anzukurbeln
- ☑ **Finanzierungsbedingungen** für österreichische Unternehmen verbessern
- ☑ Arbeitsproduktivität durch schnellere Annahme **neuer Technologien** und Abbau **bürokratischer Hürden** steigern

Die Empfehlungen der internationalen Organisationen zeigen deutlich, dass die strukturellen Probleme in Österreich nicht weiter in die Zukunft verschoben werden können, sondern endlich entschlossen gelöst werden müssen. Nachhaltiger Schuldenabbau ist Grundvoraussetzung für Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Österreich und gibt Handlungsspielraum für gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen. Dem demografischen Wandel muss mit vorausschauender Politik bei Pensionen und Gesundheit begegnet werden, um die Systeme nachhaltig finanzierbar zu machen.

Österreich muss sein Arbeitskräftepotential besser nutzen und dazu mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt schaffen und sein Bildungssystem stärken. Die exportorientierte österreichische Wirtschaft darf nicht durch Produktivitätsschwäche und überdurchschnittlich steigende Lohnstückkosten an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Nicht zuletzt muss die föderale Struktur in Österreich dahingehend reformiert werden, dass sie die Umsetzung dieser ambitionierten Reformen in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten unterstützt und nicht behindert.

Einschätzungen aus Österreich

Auch in Österreich werden von unabhängigen Institutionen regelmäßig dieselben Empfehlungen an die Politik ausgesprochen. Der **österreichische Fiskalrat** empfahl angesichts des hohen öffentlichen Schuldenstandes zuletzt, die EU-Fiskalregeln jedenfalls einzuhalten und bei zu erwartenden Abweichungen rechtzeitig gegenzusteuern. Gleichzeitig ist die Transparenz bei den öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden zu erhöhen und der Finanzausgleich zu reformieren. Der Fiskalrat fordert auch Strukturreformen, insbesondere bei den alterungsbedingten Aufgabenbereichen Pensionen, Pflege, Gesundheit sowie im Föderalismus und im Förderwesen.

Auch der österreichische **Rechnungshof** fordert in all diesen Bereichen Strukturreformen ein und mahnt insbesondere eine Bereinigung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern in wichtigen Bereichen wie Bildung und Gesundheit ein.

Zukunft I Wirtschaft 2015 - 2020

Die Ergebnisse aus der Diagnose Österreich decken sich zu einem großen Teil mit den Einschätzungen der **Wirtschaftskammer Österreich**. Viele der Empfehlungen von OECD, IWF und Europäischer Kommission finden sich als Forderungen im wirtschaftspolitischen Programm **Zukunft I Wirtschaft 2015 - 2020** der Wirtschaftskammer Österreich wieder. Die wirtschaftspolitischen Prioritäten der WKO stützten sich in den nächsten 5 Jahren auf die folgenden **vier Schwerpunktbereiche**, um den Standort Österreich wieder zurück an die Spitze zu bringen:

- ☑ Mehr Anreize für Wachstum und Unternehmertum schaffen
- ☑ Qualifiziertes Arbeitskräfteangebot langfristig sichern
- ☑ Bürokratieabbau und steuerliche Entlastungen schaffen
- ☑ Standortvorteile sichern und Systeme reformieren



Das neue wirtschaftspolitische Programm der WKO wird im Herbst 2015 präsentiert.

6 Quellen

Europäische Kommission, Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2015 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2015, COM (2015) 269 final, Mai 2015

Europäische Kommission, Länderbericht Österreich 2015, COM (2015) 85 final, Februar 2015

Fiskalrat, Empfehlung des Fiskalrates zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2015, Juli 2015

IWF, Austria: 2014 Article IV Consultation, IMF Country Report 14/278, September 2014

OECD, Economic Surveys Austria, Juli 2015

OECD, Economic Outlook Vol. 97, 2015/1, Juni 2015

OECD, Economic Policy Reforms 2015, Going for Growth, Februar 2015

OECD, Economic Outlook Vol. 96, 2014/2, November 2014



Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ: Präsident
Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information, Beratung
und Unterstützung der Mitglieder als
gesetzliche Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers Wirtschaftspolitik
informieren regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung